

## Fragen an die Bezirksversammlung Hamburg-Harburg am 27.10.2015

1. Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek "NEIN zur Politik, JA zur Hilfe!" möchte, dass die Integration von Flüchtlingen nachhaltig und dauerhaft gelingt. Die Bürgerinitiative hält die derzeitigen Planungen in Bezug auf die Anzahl der unterzubringenden, anzusiedelnden und zu integrierenden Menschen schlicht für nicht machbar. Sie fordert daher im Rahmen der Erst- und Folgeunterbringung eine absolute Obergrenze von 1500 Flüchtlingen im gesamten Stadtteil Neugrabens. Teilt die Bezirksversammlung diese Auffassung, wenn nein, warum nicht?
2. Weiß die Bezirksversammlung Hamburg-Harburg wie viele Flüchtlinge aktuell im Bezirk Harburg untergebracht sind? Wenn ja, wie viele? Wie viele der untergebrachten Flüchtlinge in Hamburg-Harburg sind vollständig registriert? Wie stellt sich die Unterteilung der registrierten Flüchtlinge im Bezirk Harburg nach Herkunftsland, Alter, Geschlecht und Bildungsstand dar?
3. Da es sich bei der geplanten Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil Neugraben-Fischbek in dieser Größenordnung um ein von Vertretern der Bezirksversammlung und der BASFI bezeichnetes Versuchsprojekt handelt, muss hierzu ein konkretes Konzept vorliegen, welches alle sozialen und städteplanerischen Aspekte für einen langen Zeitraum einbezieht. Wo liegt dieses Konzept und wo ist es abrufbar?